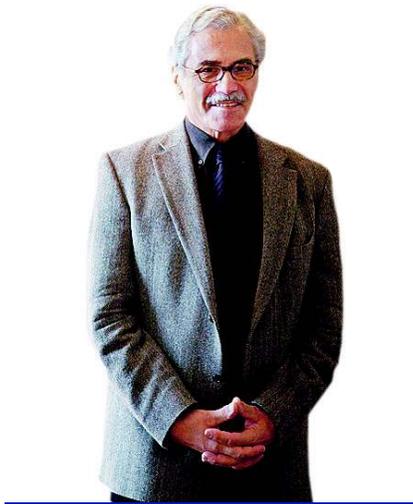


Das Recht auf Faulheit

■ **ÜBER DIE FINANZIERUNG** des Sozialstaates wird seit über 100 Jahren diskutiert. Neben dem Frauenstimmrecht und der Vermögenssteuer hatten die am Landesgeneralstreik von 1918 beteiligten Arbeiter die Einführung der AHV und der IV zur ultimativen Forderung gemacht. Gegen die Streikenden mobilisierte der Bundesrat Teile der Armee, weil er einer vermeintlich drohenden Machtübernahme von Sozialisten und Kommunisten handfest begegnen wollte. **DREI JAHRE SPÄTER** schlugen die Sozialdemokraten dann schön brav demokratisch per Initiative eine Vermögensabgabe vor. Sie sollte zur Finanzierung der wichtigsten Sozialwerke Alters- und Invalidenversicherung, Arbeitslosenversicherung sowie der Kranken- und der Armenfürsorge dienen. Die Initianten wollten, dass «aus dem Überfluss der Reichen ein Teil für die Wohlfahrt des Volkes abgeliefert werde». Als die SP am 16. September 1921 das Volksbegehren auf der Bundeskanzlei einreichte, waren die Bürgerlichen entsetzt. **«MIT-BÜRGER!»**, schrieb Bauernpräsident Ernst Laur, «ihr habt zu entscheiden, ob in unserem Vaterlande der Staat (...) wie in Russland den einzelnen Bürger ausrauben darf.» Und der Bundesrat warnte: Ein Ja zur Initiative «würde nichts Geringeres als die Einführung der kommunistischen Regierungsform in der Schweiz» bedeuten. Das wirkte. Am 3. Dezember 1922 gingen 86% der Stimmbürger zur Urne und die Vermögensabgabe wurde mit 87% Nein- und 13% Ja-Stimmen sowie von sämtlichen Kantonen wuchtig verworfen.

GEGEN DIE KÜRZLICH LANCIERTE Volksinitiative für ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) wird nun unter anderem wieder der drohende Kommunismus ins Feld geführt. Noch ist nicht bekannt, was der Bundesrat zur Initiative sagt. Zuerst muss sie ja noch mit über 100 000 gültigen Unterschriften



Oswald Sigg

Der Autor ist Politikwissenschaftler und Publizist. Bis 2009 war er Vizekanzler der Eidgenossenschaft und Bundesratssprecher. Er ist seit bald 40 Jahren Mitglied der SP Schweiz.

ten eingereicht werden. Doch jene, die bereits heute begriffen haben, um was es beim Grundeinkommen geht, sagen – und das ist das schlagende Argument: Vor allem die Jugendlichen werden auf diese Weise nur noch den ganzen Tag lang auf der faulen Haut liegen.

EINE SCHRECKLICHE Vorstellung. Der Kommunismus hatte sie zu bekämpfen versucht. Besonders in der Sowjetunion galt ja bis 1989 das Recht auf Arbeit für alle. Es wurde nötigenfalls mit Zwangsarbeit oder Arbeitslagern umgesetzt. Und jetzt wird bei uns mit dem BGE das Recht auf Faulheit – das «Recht, auf der faulen Haut zu liegen», wie man es in dieser Zeitung lesen konnte – eingeführt. Durch die Hintertür. Denn das steht so weder im Initiativtext noch im Kleingedruckten. Ein politischer Rosstäuschertrick.

DENN IM UNTERSCHIED zur Arbeit, die als Tugend gilt, ist die Faulheit ein Laster. Eine Droge, die zu Halluzinationen führt oder wenigstens zu anderen Gedanken. Man kann sogar einschlafen dabei. Ein-

fach gar nichts tun, wo es doch so viel zu tun gäbe, ist asozial. Immerhin: Wie beim Biertrinken gilt für die Faulheit, dass ein vernünftiger Genuss sogar gesund ist. Aber zur Faulheit im Übermass kommt es zwangsläufig infolge arbeitsfreien Grundeinkommens. Insofern ist das Adjektiv «bedingungslos» grundfalsch.

DIE FAULHEIT IST ANSTECKEND und birgt somit die Gefahr, zur übertragbaren Krankheit zu werden. Die Fäulnis kann sich von den BGE-anfälligen Schichten – in erster Linie Jugendliche, vermutlich aber auch Frauen und Kinder – als Epidemie auf die ganze Gesellschaft ausbreiten.

WIR VERGESSEN IMMER wieder, dass es mitten unter uns einen wachsenden Bevölkerungsteil gibt, der seit langem BGE-angesteckt ist. Es sind die AHV-Empfänger, vorwiegend ältere Frauen und Männer. Kaum erhalten sie die Rente, gehen sie nicht mehr arbeiten, sondern bleiben einfach zu Hause. Dort liegen sie die meiste Zeit faul herum und schauen fern. Spätestens vor der Sendung «10 vor 10» schlafen sie ein. So geht das ein paar Jahre oder auch länger. Aber mir ist kein einziger Fall bekannt, der die AHV überlebt hätte.

DENNOCH DARF DIE INITIATIVE für ein Bedingungsloses Grundeinkommen getrost unterschrieben werden. Ein Nein auf dem Stimmzettel ist dann später immer noch möglich. Vorausgesetzt, man verpasst nicht die Abstimmung – vor lauter Faulheit.

Die az-Gastautoren

Pirmin Bischof, CVP-Ständerat (SO)
Christine Egerszegi, FDP-Ständerätin (AG)
Katja Gentinetta, politische Philosophin (AG)
Maya Graf, GPS-Nationalrätin (BL)
Lukas Reimann, SVP-Nationalrat (SG)
Iwan Rickenbacher, Politberater (CVP)
Peter Rothenbühler, Direktionsmitglied, Edipresse
Oswald Sigg, ehemaliger Bundesratssprecher
Cédric Wermuth, SP-Nationalrat (AG)